

Ressort: Politik

Schuldenkrise: Bundesregierung schickt kaum Personal nach Athen

Berlin, 04.01.2018, 08:56 Uhr

GDN - Trotz mehrmaliger Angebote an die griechische Regierung hat die Bundesregierung bislang kaum Personal zur Bewältigung der Schuldenkrise nach Griechenland geschickt. Das berichtet das Nachrichtenmagazin Focus unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums.

Demnach wurden seit 2010 gerade einmal sieben Stellen für deutsche Beamte in Griechenland eingerichtet. So stellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Mitarbeiter ab. Die Bundespolizei ist mit zwei Kollegen an der Deutschen Botschaft in Athen vertreten, das Bundesarbeitsministerium mit einem Referenten. Drei Grenzpolizisten (GUA) beraten und helfen mittlerweile griechischen Kollegen am Flughafen Athen. Außerdem hat das Finanzministerium "seit 2010 etwa 17 Beamte auf Dienstreisebasis zur Unterstützung nach Athen gesandt". Die Reisen dauerten in der Regel zwischen zwei und zwölf Tagen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete und Finanzexperte Frank Schäffler bezeichnete die Zahlen als "beschämend" angesichts der Lasten, die deutsche Steuerzahler "in der Flüchtlingskrise und bei der Schuldenkrise in Griechenland schultern müssen".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-100109/schuldenkrise-bundesregierung-schickt-kaum-personal-nach-athen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com